

HEINZ THEO RISSE

Konflikte zwischen Gewerkschaften und Regierung

Im Laufe der letzten Monate waren in verschiedenen Ländern Europas einige Streiks zu verzeichnen, die erhebliches Aufsehen erregten, weil ihre Anlässe das gewohnte Maß überschritten. Es handelte sich keineswegs nur um die üblichen Tarifikämpfe, die den Arbeitnehmern den entsprechenden Anteil am wachsenden Sozialprodukt sichern sollen. Vielmehr standen, direkt oder indirekt, Fragen der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Debatte, welche die betroffenen Arbeitnehmergruppen und Gewerkschaften nicht gleichgültig lassen konnten. Das besondere Merkmal dieser Streiks ist sogar darin zu sehen, daß sie im Grunde gegen die Regierung des betreffenden Landes gerichtet waren, die ihrerseits die Sicherung des Gemeinwohls für sich in Anspruch nahm, obwohl die Arbeitnehmergruppen und Gewerkschaften für jeden vorurteilsfreien Beobachter gute Argumente zugunsten ihres Vorgehens anzubieten hatten.

Die einfache Formel, hier sei eben, wie so oft, ein Gruppeninteresse mit dem Gesamtinteresse zusammengestoßen, reicht jedoch als Erklärung nicht aus. Die eigentliche Ursache der Konflikte liegt tiefer. Um bei der wachsenden Kompliziertheit der wirtschaftlichen Vorgänge Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum zu sichern, nehmen auch die Regierungen der westlichen Länder neuerdings Planungskompetenzen vielfältiger Art in Anspruch. Dadurch aber geraten sie immer häufiger mit den Gewerkschaften aneinander, die ihre traditionellen Freiheiten bedroht sehen oder die Arbeitnehmerinteressen nicht gebührend berücksichtigt glauben. Es sieht so aus, als bahne sich in diesen Konflikten eine neue Epoche im Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat und zur staatlichen Politik an.

I

Am einfachsten ist der Tatbestand bei dem lang dauernden Streik der Arbeiterinnen der *belgischen* „Fabrique Nationale d'Armes de Guerre“ in Herstal bei Lüttich zu übersehen. Sie legten die Arbeit nieder, weil sie an ähnlichen Arbeitsplätzen 15 bis 20 vH

weniger Lohn erhielten als ihre männlichen Kollegen. Das widersprach sowohl der Konvention Nummer 100 der Internationalen Arbeitsorganisation wie auch dem Artikel 119 des EWG-Vertrages. Zwar besteht ein ähnliches Mißverhältnis auch in den meisten anderen westlichen Industrieländern, wo die Frauen etwa ein Drittel aller Arbeitskräfte — in der Bundesrepublik sogar 37 vH — ausmachen. In der Tat blieb, da die weiblichen Arbeitnehmer in geringem Maß gewerkschaftlich organisiert sind, der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ meist auf dem Papier stehen. Aber die Arbeiterinnen von Herstal gaben sich mit der Ausrede, daß es ihren Kolleginnen anderswo ähnlich gehe, nicht zufrieden und erregten denn auch weltweite Aufmerksamkeit.

Unternehmensleitung und Regierung indessen hielten die Forderungen der Arbeiterinnen zwar grundsätzlich für berechtigt, erklärten sich aber außerstande, ihnen stattzugeben. Das bedeute nämlich, so argumentierten sie, den Ruin der Waffenschmiede, die dann auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Und da der Anteil der „Nationalen Kriegswaffenfabrik“ von Herstal am belgischen Export nicht gering ist, und so überhaupt das Prestige Belgiens als leistungsfähiges Industrieland auf dem Spiel zu stehen schien, suchte die Regierung mit allen Mitteln nach Wegen, um die streitbaren Frauen zu beruhigen und den lästigen Streik zu beenden.

Bedrohten etwa 4000 belgische Arbeiterinnen den Export und das Gemeinwohl? Wenn das wirklich der Fall gewesen wäre, müßte man umgekehrt folgern, daß der belgische Export in Waffen seine Erfolge bis dahin tatsächlich auf Kosten und zu Lasten der Arbeiterinnen errungen hätte. Das Beispiel zeigt jedenfalls, wie schnell die Regierungen heute dabei sind, mit dem Hinweis auf das Gesamtinteresse berechtigten Forderungen auszuweichen oder, was dasselbe ist, wirtschaftliches Wachstum auf Kosten einzelner Gruppen zu sichern.

II

Noch deutlicher kommt diese Tendenz in *Frankreich* zum Ausdruck. Dort riefen die drei großen Gewerkschaftsorganisationen am 17. Mai 1966 gemeinsam zu einer 24stündigen Arbeitsniederlegung auf, an der sich die zwei Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Staatsbetriebe sowie sieben Millionen Arbeitnehmer der Privatwirtschaft beteiligten. Die gemeinsame Aktion sollte die Regierung warnen, ihr Wirtschaftsprogramm nicht ohne oder gar gegen die Arbeitnehmer durchzusetzen. Die katholische Wochenzeitung *Témoignage Chrétien* hat damals die Gründe des Ausstandes folgendermaßen zusammengefaßt: „Die Arbeitgeber ignorieren die Arbeitnehmer. Sie verweigern die Diskussion. Sie kennen nur ein Gesetz, das des Profits; der Arbeitgeberverband hat es gerade wieder von neuem feierlich verkündet. Die Minister haben die Angewohnheit, in allen Bereichen allein zu handeln. Sie setzen allein die ökonomischen Ziele der Nation fest. Sie interpretieren allein die Bedürfnisse der Arbeitnehmer.“

Richtete sich der Streik vom 17. Mai also gegen die Regierung? Nun, die Gewerkschaften gaben sich in den Kundgebungen jenes Tages alle Mühe, um nicht als verlängerter Arm der parlamentarischen Opposition zu erscheinen. Aber da es in der französischen Nationalversammlung gegenwärtig eine wirksame Opposition nicht gibt, müssen die Gewerkschaften tatsächlich doch zum Teil deren Funktion übernehmen, wenn sie nicht mit ansehen wollen, wie das Wirtschaftsprogramm zu Lasten der Arbeitnehmer verwirklicht wird.

Hier offenbart sich eine bedenkliche Schwäche der modernen kapitalistischen Planung. Eine mittelfristige Vorausschau wird heute auch von den Verfechtern der liberalen Marktwirtschaft allmählich für notwendig gehalten, weil die Unternehmer der Privatwirtschaft ohne staatliche Orientierungshilfen nicht mehr auskommen. Erst recht sind ohne ein gewisses Maß an staatlicher Planung stabiler Geldwert, stetiges wirtschaftliches

Wachstum und Vollbeschäftigung nicht zu sichern. Aber sie neigt — und deshalb verdient sie den Namen kapitalistische Planung — dauernd zu einer sehr unterschiedlichen Behandlung der Sozialgruppen: Die Unternehmerinteressen behalten ihren Vorrang, weil die Dynamik der westlichen Wirtschaft weitgehend an die Gewinnerwartungen der Unternehmer gebunden ist. Vor allem setzen sogenannte wirtschaftliche Stabilisierungsprogramme zunächst bei den Arbeitnehmereinkommen an. Während kaum irgendwo eine wirksame Preispolitik praktiziert wird, werden umgekehrt die Arbeitnehmer um so häufiger aufgefordert, den Gürtel enger zu schnallen; ihr Einkommenszuwachs kommt öffentlich zustande und ist deshalb nicht nur leicht nachprüfbar, sondern steht auch politischen Einflüssen am ehesten offen.

III

Diese Erfahrung mußten die *britischen Seeleute* sogar unter einer Labourregierung machen. Ihr langer Streik hat zwar in erster Linie deshalb so spektakulär gewirkt, weil nur 60 000 Mann ihre Schlüsselstellung rigoros ausnutzten, um ihre Forderungen nach einer 17prozentigen Lohnerhöhung und nach Verkürzung der Arbeitszeit so wirksam wie möglich anzumelden. (Freilich haben sie keineswegs, wie man auch in der Bundesrepublik lesen und hören konnte, die britische Wirtschaft an den Rand einer Katastrophe gebracht.) Aber die hauptsächliche Bedeutung des Streiks lag doch darin, daß er eine kaum verhüllte Kampfansage an Premierminister *Wilson* enthielt, der nach den Unterhauswahlen gerade daranging, mit verbreiteter und gesicherter parlamentarischer Mehrheit sein wirtschaftliches Stabilisierungsprogramm zu verwirklichen, und in diesem Rahmen auch den Einkommenszuwachs der Arbeitnehmer begrenzen wollte.

Dabei konnten die Seeleute durchaus mit Recht geltend machen, sie gehörten mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von etwa 56 Stunden und einem Wochenlohn von 165 Mark zu jener Kategorie unterbezahlter Arbeitnehmer, für welche die von der Wilsonschen Einkommenspolitik damals vorgesehene mittlere Lohnsteigerungsquote von jährlich 3,5 vH nicht gelte. Andererseits jedoch fürchtete die Regierung, wenn sie in diesem Fall nachgäbe, einen Dambruch, der weitere Forderungen anderer Gewerkschaften nach sich ziehen würde. So verbündete sie sich mit den Reedern, also den Arbeitgebern, und mahnte zur Härte ausgerechnet gegenüber einer Arbeitnehmergruppe, die tatsächlich benachteiligt war. Infolge dieser gemeinsamen Front konnten die Seeleute im Endergebnis nur einen Kompromiß erreichen, dessen Bedingungen auch ohne langen Streik zu haben gewesen wären.

Nun sah sich die Regierung *Wilson* in der Tat in einer Zwangslage. Nach dreizehn Jahren konservativer Wirtschaftspolitik fand sie die britische Wirtschaft in einem Zustand vor, der keineswegs modernen technischen und organisatorischen Erfordernissen entspricht. Die Produktivität war gering, die negative Zahlungsbilanz bedrohte das Pfund Sterling, die Rüstungspolitik ging weit über Englands Kapazität. Da griffen die bis dahin angewandten Mittel der leichten Konjunkturspritzen oder -bremsen („Stop-and-go“) nicht mehr. Um das Pfund vor der Abwertung zu bewahren, hatte *Wilson* umfangreiche Kredite der Staatsbanken befreundeter Länder in Anspruch nehmen müssen, die ihrerseits auf einen Ausgleich der britischen Zahlungsbilanz und auf energische Schritte zur Erhaltung der Währungsstabilität drängten. So entschloß sich *Wilson*, um überhaupt eine Chance für seine langfristig geplante Wirtschaftspolitik zu haben, neben anderen Maßnahmen zu einer kurzfristig wirksamen Preis- und Lohnkontrolle. In einer solchen Situation mußte der Seeleutestreik, obwohl er von der Lage dieser Arbeitnehmergruppe her mehr als berechtigt war, wie eine Herausforderung, wie ein Test wirken, ob es der Regierung mit ihren Stabilisierungsmaßnahmen wirklich ernst war.

Hier zeigt sich erneut, daß innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems, auch wenn eine sozialistische Regierung an der Macht ist, die Arbeitnehmer in Krisensituationen jeder Art als erste den Kopf hinhalten müssen. Aus demselben Grund kam es auch in der britischen Regierung selbst gewissermaßen zu einem „Ein-Mann-Streik“, nämlich zum Rücktritt des Ministers für Technologie, *Frank Cousins*, des früheren Vorsitzenden der Transportarbeitergewerkschaft. Nachdem der Versuch, auf freiwilliger Grundlage zu einer Beschränkung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen zu kommen, gescheitert war, brachte die Regierung im Unterhaus ein Preis- und Einkommensgesetz ein, das die Gewerkschaften mit zwar milden, aber dennoch fühlbaren Strafandrohungen an die Kette der Restriktionspolitik legen soll. Das war für den Gewerkschafter Cousins zuviel: Er zog sich auf seine alte Position zurück. Er halte, so erläuterte er dem Premierminister, die Preis- und Einkommenspolitik für grundsätzlich falsch; anstatt die Produktivität und damit das Wirtschaftswachstum zu erhöhen, also eine wirtschaftspolitische Lösung der bestehenden Schwierigkeiten einzuleiten, nehme die Regierung Zuflucht zu einer Beschränkung der Lohnerhöhungen und enge damit die Freiheit der Tarifpolitik ein. Vergebens erwiderte Wilson, es handele sich nur um die kurzfristige negative Seite der geplanten langfristigen und positiv angelegten Wirtschaftspolitik.

Diese Auseinandersetzung hat sich dann später durch die Ankündigung eines radikalen halbjährigen Preis- und Lohnstops noch verschärft. Sie griff auf die Gewerkschaften selbst über, die sich nicht einig werden konnten, ob sie die Deflationsmaßnahmen unterstützen oder ob sie mit allen Mitteln auf der traditionellen Freiheit der Tarifpolitik bestehen sollen.

Zwar hat der britische Gewerkschaftskongreß in Blackpool inzwischen diese Maßnahmen mit Mehrheit gebilligt, nachdem sich schon vorher der TUC-Generalrat dafür ausgesprochen hatte. Aber da der Kongreß nur Empfehlungen aussprechen kann, die für die einzelnen Gewerkschaften nicht bindend sind, ist keineswegs sicher, ob dem Beschluß praktischer Wert zukommt. Eine ganze Reihe von Gewerkschaften hat schon zu verstehen gegeben, daß sie weiter den Kampf gegen die Wilsonsche Einkommenspolitik wählen werden.

Haben sie recht? Hat Frank Cousins richtig gehandelt, als er den Rückzug auf die klare, überschaubare, jedoch auf begrenzte Ziele gerichtete gewerkschaftliche Kampftaktik vorzog und die Mitwirkung an der wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie Wilsons aufgab? Er und seine gleichgesinnten Kollegen können ehrenwerte Gründe für ihr Verhalten nennen, denn sie wollen nicht, daß die Arbeitnehmer immer als erste zur Kasse gebeten werden. Auf der anderen Seite aber haben sie ohne Zweifel den einfacheren Weg gewählt, ohne eine überzeugende Alternative anzubieten, wie die britische Regierung auf anderen Wegen aus ihrer Zwangslage herausfinden soll.

Sie sind mit der normalen gewerkschaftlichen Kampftaktik innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems vertraut, doch sie wissen nicht, wie sie die strukturellen Schwächen dieses Systems überwinden sollen, um es ohne Krise, ohne die Chance eines gänzlichen Neuanfangs unter den gegebenen Bedingungen allmählich zugunsten der Arbeitnehmer verändern zu helfen.

Vor allem unterschätzen sie dabei die Abhängigkeiten und Zwänge, unter denen auch eine Labourregierung steht, wenn sie eine kapitalistisch organisierte Wirtschaft vor sich hat, mit den anderen führenden kapitalistischen Ländern im Bündnis steht und zudem noch auf deren Hilfe bei der Stützung der eigenen Währung angewiesen ist. Gewiß ließe sich ein Alternativprogramm denken, das dieser Interdependenz Rechnung trägt, ohne mit einer konservativen Deflationspolitik als erste die Arbeitnehmer vor den Kopf zu stoßen. Aber die britischen Gewerkschaften, die gegen den Lohnstop protestieren, scheinen einstweilen zu sehr nur ihre bedrohten Eigenrechte von Augen zu haben und zu-

wenig die verantwortliche Mitwirkung bei den notwendigen wirtschafts- und finanzpolitischen Gesamtlösungen. Der *New Statesman* hat diese Problematik deutlich gemacht, als er in einem fiktiven Brief von Frank Cousins an den Premierminister demonstrierte, wie dessen Rücktritt eigentlich hätte begründet werden sollen.

IV

Tatsächlich offenbart das Verhalten der Gewerkschaften in all diesen Konflikten, das über Proteste kaum hinausreicht, eine gewisse Ohnmacht, mit den neuen Problemen fertigzuwerden, die sich aus dem verstärkten Eingreifen der Staatsgewalt und aus dem Vordringen moderner Planungstechniken ergeben. Die Regierungen neigen immer wieder dazu, diese Planung ohne oder gar gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften durchzusetzen, weil sich auf solche Weise Geldwertstabilität und ausgeglichenes Wirtschaftswachstum scheinbar am leichtesten sichern lassen und außerdem der bestehende gesellschaftliche Gleichgewichtszustand, sprich: die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, erhalten bleiben kann.

Es wird in Zukunft immer mehr darauf ankommen, daß die Gewerkschaften sich mit eigenen Vorstellungen in diese Planung einschalten und so aktiv dazu beitragen, ihr die gewünschte Richtung zu geben, so daß die Arbeitnehmer nicht auf Dauer von der Planung benachteiligt werden. Nur dann werden die Gewerkschaften bereit sein, gegebenenfalls gewisse Beschränkungen auf dem Gebiet der Lohnpolitik hinzunehmen.

Um diese notwendige Mitwirkung und Mitbestimmung zu erreichen, genügen freilich bloße Proteste, genügt auch das bloße Pochen auf die rechtmäßigen gewerkschaftlichen Freiheiten nicht. Insofern können die erwähnten Streiks durchaus als die Vorboten kommender politischer Streiks angesehen werden, mit deren Hilfe die Arbeitnehmerorganisationen sich in der neuen Phase gewerkschaftspolitischer Aktivität zu Wort melden. Der andere Weg, überhaupt auf solche Mitbestimmung zu verzichten, würde nichts anderes bedeuten, als die durch die kapitalistische Planung verschärfte, weil erneut institutionalisierte Benachteiligung der Arbeitnehmer endgültig hinzunehmen.

Voraussetzung solcher gewerkschaftlicher Mitbestimmung ist freilich, daß die Gewerkschaften sich selbst untereinander über ihre strategischen Ziele einig werden und eine wirksame Gesamtvertretung installieren, die konsequent diese Ziele verfolgt. Die Zersplitterung der Gewerkschaften in Frankreich und England hat dort zur Benachteiligung der Arbeitnehmer nicht unerheblich beigetragen.

Während die einen ununterbrochen nach staatlicher Hilfe gerade dort rufen, wo ihre vielgepriesene Privatinitiative, der Wettbewerb und das angeblich nur ihnen von Gott verliehene wirtschaftliche Können sich bewähren sollten, beschäftigen sich die Regierung und die sie tragenden Parteien mit beschämenden Palastrevolten. Diejenigen, die sich benahmen, als hätten sie die Konjunktur erfunden, zeigen sich ziemlich hilflos einer Situation gegenüber, die niemanden überraschend zu sein brauchte, der auch nur die einfachsten Kenntnisse des wirtschaftlichen Abc beherrscht. Ebensowenig wie das, was den großen Aufschwung bewirkte, ein Wunder war — ebensowenig ist es verwunderlich, was gestern und heute und morgen geschieht. Wunder gibt es nur für jene, die nicht wissen. Und da man es in der Wirtschaftspolitik mit exakten Tatsachen und vorausschau-baren Tendenzen zu tun hat, wundert sich nur, wem solche Dinge „zu exakt“ erscheinen.

Ludwig Rosenberg